



20. Oktober 2017 13:20 Uhr

Weltflucht ist unchristlich

Christen müssen neue Weisen der Vernetzung und Selbstbehauptung finden, um sich zu sammeln und gegenseitig zu stärken. Denn: nur mit einem neuen Selbstbewusstsein können sie wieder in der Welt wirken, wie es ihr Auftrag ist. Ansonsten werden sie weiterhin an den Rand gedrängt. Von Giuseppe Gracia

In Westeuropa nimmt die Akzeptanz für die Meinungsäußerungs- und Religionsfreiheit von glaubenstreuen Katholiken ab. Nicht in dem Sinne, dass Menschen, die an der Lehre der Kirche festhalten, in Deutschland, England oder in der Schweiz gezwungen wären, dem Glauben abzuschwören, oder dass sie nicht mehr sagen können, was sie denken. Über Social Media kann heute fast jeder sagen, was er denkt. Doch Katholiken, die ihrem Glauben verpflichtet sind, zahlen dafür einen Preis: sie sinken im öffentlichen Ansehen und riskieren die gesellschaftliche und berufliche Ausgrenzung. Das ist ein Prozess, der mehr oder weniger subtil abläuft und viele Menschen instinktiv zur inneren Zensurschere greifen lässt. Besonders bei heißen Eisen wie Familienpolitik, Sexualmoral oder Abtreibung.

Die Folge davon ist ein raumgreifendes Verstummen katholischer Stimmen im politischen Leben. Das kommt jenen Gruppen entgegen, die Freiheit, Toleranz und Vielfalt predigen, jedoch traditionelle Katholiken nicht als legitimen Teil dieser Vielfalt zulassen wollen. Vielmehr identifizieren diese Gruppen alles, was von ihrer Gesinnung abweicht, mit Diskriminierung, „Hate-Speech“ oder Fundamentalismus. Zum Beispiel, wenn sich ein Bäcker oder ein Hotelbesitzer weigern, einem homosexuellen Paar den Hochzeitskuchen zu backen und für die Hochzeitsnacht ein Zimmer zu vermieten: das kann schnell vor Gericht enden, im finanziellen Ruin der Angeklagten. Oder wenn sich eine deutsche oder eine Schweizer Grundschullehrerin weigert, die Gender-Ideen zu vermitteln. Oder wenn Medien den „Marsch fürs Leben“ als „reaktionär“ und Ansammlung von „Abtreibungshassern“ beschreiben. In Schweden hat eine sozialdemokratische Politikerin sogar Jihadisten mit Abtreibungsgegnern gleichgesetzt. Verständlich, wenn in diesem Klima nur wenige Gläubige, die einen Job zu verlieren haben, sich noch trauen, Artikel oder Videoclips mit christlichen Ansichten zu liken.

Glaubenstreue Katholiken riskieren überhaupt ihren Beruf. Zum Beispiel könnte in Deutschland, in England oder in Frankreich niemand Arzt oder Hebamme werden, wenn er schon während des Studiums dazu stünde, Beihilfe zur Selbsttötung oder Abtreibung in jedem Fall abzulehnen. Und wie viele bereits ausgebildete Frauen mit einer solchen Einstellung würde man in einem Krankenhaus zur Chefärztin machen? Undenkbar, selbst wenn es die kompetenteste, fleißigste Frau wäre. Ähnlich sieht es in anderen Branchen aus. Welcher Journalist bekäme den Chefposten eines Leitmediums oder den Moderatorenjob einer populären Talksendung angeboten, wenn er öffentlich zum Lehramt der Kirche stünde, von der Unfehlbarkeit des Papstes bis zur Einschätzung der Homosexualität? Welche Professorin, welcher Forscher einer staatlich finanzierten Einrichtung könnte sich erlauben, die Gender-Studies als Ideologie abzulehnen? Welcher ambitionierte Politiker kann für den christlichen Ehebegriff eintreten, inklusive dem Nein gegenüber vorehelichem Sex oder künstlicher Empfängnisverhütung?

Der Fall des Italieners Rocco Buttiglione zeigte schon im Jahr 2004, wie es einem Katholiken ergeht, der seinen Glauben weder verleugnet noch verwässert. Trotz bester Qualifikation für das Amt des Vizepräsidenten der Europäischen Kommission und des Kommissars für Justiz hat es ihn die politische Laufbahn gekostet, zumindest auf EU-Ebene. Ein aktuelles Beispiel von 2017 wäre der englische Politiker Jacob Rees-Mogg, der in der TV-Sendung „Good Morning Britain“ darauf bestand, sich bezüglich Ehe und Abtreibung an der Lehre der Kirche zu orientieren. Da Rees-Mogg das Amt des Premierministers anstrebt, wollte man wissen, wie er sich verhalten würde, sollte England an Abtreibung oder Homo-„Ehe“ festhalten. Rees-Mogg machte deutlich, dass er als Gläubiger zur Lehre der Kirche stehe, als Politiker jedoch zum Rechtsstaat und seinen Gesetzen, und zwar auch dann, wenn diese seinem Glauben widersprechen würden. Eine Differenzierung, die ihm wenig geholfen hat. Seit dem Auftritt lässt man ihn aussehen wie einen homophoben Finsterling. So ein Mensch, wird suggeriert, darf nie ein höheres Amt bekleiden. Den Ansichten eines solchen Menschen muss man auch nicht sachlich begegnen, sondern man darf die Keule der moralischen Entrüstung schwingen. Im Grunde geht es um eine Hetzjagd auf politisch unerwünschte Personen, um einen massenmedial ausgeführten Rufmord. Das kann natürlich auch Medienschaffende selber treffen. Ein Beispiel aus der Schweiz ist Christiane Hanna Henkel von der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ). Sie verfasste 2014 einen Kommentar über den Apple-Chef Tim Cook, der sich als homosexuell geoutet hatte. Henkel meinte, Cook missbrauche seine Macht, wenn er als CEO von einem „der am meisten beachteten Konzerne der Welt“ seine sexuelle Orientierung zum Thema mache. Das sei „nicht Bestandteil seiner Aufgabe“.

In einer wirklich liberalen Zeitung, getragen von einem liberalen gesellschaftlichen Umfeld, hätte so ein Kommentar allenfalls eine Debatte über den Zusammenhang zwischen Management und Politik ausgelöst. Stattdessen distanzierte sich der Chefredakteur öffentlich von Henkel und verkündete: „Hier haben sämtliche internen Kontrollmechanismen versagt. Die Publikation war ein Fehler, genauso wie der Text ein Fehlgriff ist.“ Deutlicher kann der Chef einer angesehenen Zeitung nicht zeigen, dass es eine interne Meinungs- und Gesinnungskontrolle gibt, die sonst offenbar gut funktioniert. Dass man also auch bei der NZZ nicht mehr auf Meinungspluralismus setzt, auf die Stärke des besseren Arguments, wovon jede Demokratie lebt, sondern dass man einen kontrollierten Korridor erlaubter Ansichten wünscht. Im Vergleich dazu sieht es in den Vereinigten Staaten von Amerika besser aus. Bei US-Wahlen können die Kandidaten offen von Gott und ihrem Glauben sprechen. Sie können klar Pro-Choice oder Pro-Life sein, für oder gegen die Homo-„Ehe“, und beide Seiten haben eine reale Chance, in höhere Ämter gewählt zu werden. Das ist in Westeuropa undenkbar. Nicht nur im Einflussbereich der Europäischen Union, sondern auch außerhalb. Selbst in der freiheitsliebenden Schweiz wären Politiker, die so verrückt sind, klar gegen Abtreibung oder Homo-„Ehe“ aufzutreten, für jedes höhere Amt erledigt. Das gilt auch für Kulturschaffende und Intellektuelle.

Am Ende scheint man in Westeuropa das Christentum selbst heruntermachen zu wollen, damit es aus dem öffentlichen Leben verschwindet. Man will nur noch gesellschaftliche Größen zulassen, die über politische und kulturelle Prozesse verändert oder per Abstimmung verfügbar gemacht werden können. Es ist eine Gesellschaft, die als obersten Maßstab nur noch sich selbst akzeptiert. Bei dieser Großwetterlage wird es vielleicht notwendig, für glaubenstreue Christen neue Formen der Freiheit zu finden und diese zu verteidigen. Eigene Medien, eigene Schulen, eigene Unternehmungen und Arbeitgeber, warum nicht? Eigene Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser, Familienstrukturen. Wenn man traditionellen Christen in der Mainstream-Gesellschaft keinen vernünftigen Platz zugesteht, wenn man sie auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, müssen sie sich neu organisieren und gegenseitig unterstützen. Sie dürfen sich nicht ins Private abdrängen lassen oder sich zurückziehen. Weltflucht ist unchristlich. Aber sie müssen einen neuen Raum, neue Weisen der Vernetzung und Selbstbehauptung finden. Um sich zu sammeln und gegenseitig zu stärken. Um mit einem neuen Selbstbewusstsein wieder in der Welt wirken zu können.

Der Autor ist Mediensprecher des

Churer Bischofs Vitus Huonder und Schriftsteller. Aktuell ist von ihm der Roman „Der Abschied“ erschienen.

Artikel: <http://www.die-tagespost.de/feuilleton/Weltflucht-ist-unchristlich;art310,182574>

Alle Rechte vorbehalten. Wiederverwertung nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung